

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

272 (22.11.1932)

Volksfreund



TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTA MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gepaltene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gegenüber-
setzung und Stellenanzeige 8 Pfennig. Die Restame-Millimeter-
zeile 60 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichterfüllung des
Antrages kein, bei geschäftlicher Beendigung und bei Annulla außer Kraft tritt. Geschäfts-
stunden: Montag bis Freitag 8 bis 12 Uhr, Samstag 9 bis 12 Uhr, Sonntag 10 bis 12 Uhr.

Untere wöchentlichen Beilagen: Heim,
Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialist.
Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die
der J.

Bezugspreis monatlich 1,82 Mark, wöchentlich 38 Pf. Einzelhefte 0,45 Mark. Inland-
1,00 Mark. Durch die Post 2,30 Mark. Einzelhefte 10 Pfennig. Ge-
schäft 6 mal wöchentlich vormittags 11 Uhr. Postfach 2050 Karlsruhe. o. Geschäftsstelle
und Redaktion: Karlsruhe i. B., Wollstraße 28. o. Fernruf 7020/7021. o. Volkstramb-Jillien
Verlag, Hauptstr. 9. B.-Doben, Taubensstr. 12. Rellat. Rosenstr. 2. Offenburg. Reublitstr. 8.

Nummer 272 Karlsruhe, Dienstag, den 22. November 1932 52. Jahrgang

Versuchsauftrag an Hitler

Das Hakenkreuz unter dem Joch der Hugenberg- und Papenbarone

Ballspiel um den Sündenbock

Der Empfang Hitlers beim Reichspräsidenten

WEI, Berlin, 21. Nov. Der Herr Reichspräsident empfing heute vormittag erneut Herrn Adolf Hitler. Ueber diese Bepres-
gung wird folgende amtliche Mitteilung herausgegeben:

Nachdem der Führer der NSDAP, Adolf Hitler, dem Herrn Reichspräsidenten mit aller Bestimmtheit erklärt hat, daß seine Partei nur in einer von ihm geleiteten Regierung mitarbeiten könne, hat der Herr Reichspräsident Herrn Hitler als den Führer der stärksten Partei des Reichstags erlucht, festzustellen, ob und unter welchen Bedingungen eine von ihm geleitete Regierung eine sichere, arbeitsfähige Mehrheit mit einheitlichem Arbeitsprogramm im Reichstage finden würde. Herr Hitler erklärte, seine Antwort auf dieses Ersuchen dem Herrn Reichspräsidenten heute nachmittag schriftlich zu übermitteln.

Adolf Hitler, der um 10.30 Uhr beim Reichspräsidenten zum Empfang erschien, verließ bereits um 10.50 Uhr das Reichskanzler-Palais.

Wie wir erfahren, ist das Antwortschreiben Adolf Hitlers kurz vor 8 Uhr abend im Büro des Reichspräsidenten überreicht worden.

Der „Kuhhandel“ um die „nationale Konzentration“ geht weiter. Der grundsätzliche Gegner des Parlamentarismus, Adolf Hitler, hat sich grundsätzlich bereit gezeigt, die Möglichkeit zur Bildung einer parlamentarischen Mehrheitsregierung unter seiner Führung zu prüfen. Den entsprechenden Auftrag, den ihm der Reichspräsident am Montag erteilte, hat er entgegen aller Erwartungen keineswegs abgelehnt.

Hindenburgs Auftrag an Hitler lautete, festzustellen, „ob und unter welchen Bedingungen eine von ihm geleitete Regierung eine sichere arbeitsfähige Mehrheit mit einheitlichem Arbeitsprogramm im Reichstage finden würde“. Die Formulierung dieses Auftrags ist ebenso wie die Formulierung der Hitler in Hindenburg in die Hand gedrückt. Die Bedingungen bereits am Sonntag erfolgt. Diese Bedingungen belagen mehr oder weniger, daß die Deutschen nationalen der „sicheren Mehrheit“ unter allen Bedingungen angehören müssen, die Verbindungen dieser Mehrheit mit anderen politischen Parteien, wie beispielsweise während des Berliner Verkehrsstreits zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten zu unterbleiben haben, die Wirtschaftspolitik der Papenbarone fortgesetzt wird, und eine Änderung des Artikel 48 durch eine Zweidrittelmehrheit ausgeschlossen sein muß. Schließlich soll noch die Kontinuität der Wehr- und Außenpolitik gewährleistet werden. Also Scheitern und Neustart sollen bleiben.

Wer diese Bedingungen formuliert hat, ist nicht schwer zu erraten. Sie sind Geist von Geiste Hugenberg und der Papenbarone. Vielleicht war Hugenberg nicht persönlich dabei, als sie aufgestellt wurden, aber daß er von ihnen gewußt, bevor Hitler sie kannte, das steht außer allem Zweifel. Die Beziehungen des Herrn v. Papen zu Hugenberg sind zu eng, als daß einer dem anderen in letzter Zeit etwas verschwiegen hätte. Nur ist für uns die Frage offen, wer von beiden in diesen Krisentagen mehr auf den Reichspräsidenten gegen Hitler eingewirkt hat, und ob die Bedingungen an Hitler am Sonntag in Gegenwart des Herrn v. Papen in der Reichskanzlei oder im Büro des Reichspräsidenten ihren letzten Guß erhalten haben. Das insbesondere Herr v. Papen dabei war, dürfte er selbst nicht am wenigsten bestreiten wollen. Er hat seit jeher nach den Grundfragen gehandelt, daß eine Rache der anderen wert ist.

Hitler hat den Ball, den ihm Hindenburg hingeworfen hat, am Montag abend zurückgeworfen. Er hat die Bedingungen des Reichspräsidenten mit einer Reihe von Fragen an den Staatssekretär Hindenburgs beantwortet. Dabei geht es weniger um den Willen, allen Erstes eine „nationale Konzentration“ zustande zu bringen, als darum, wer schließlich der Sündenbock ist, wenn die „nationale Konzentration“ scheitert. Schon die Art, wie die Bedingungen an Hitler zustande gekommen sind, zeigt, welches Spiel um die „nationale Konzentration“ gegenwärtig gespielt wird. Hugenberg will sie nicht. Er will sie unter keinen Umständen unter Hitler. Wenn Hitler dennoch den Auftrag erhält, den Versuch zu einer Verständigung zu machen, dann nur, um nach außen zum Ausdruck zu bringen, daß

auch er nicht in der Lage ist, für die Baronswirtschaft einen zufriedenstellenden Erfolg zu schaffen.

Im Lager der Nationalsozialisten ist man sich über das deutsch-nationale Intrigenspiel völlig im Klaren. In der Unterredung, die am Sonntag zwischen dem Reichspräsidenten und den Zentrumsführern Joos und Brüning stattgefunden hat, machte Göring seinem Herzen über die Harzburger Freunde von gestern freien Lauf. Allerdings ließ diese Bepresung nach unseren Informationen auch den Schluß zu, daß eine ernsthafte Neigung zu einer Beteiligung an der Regierung bei den Nationalsozialisten neuerdings keineswegs mehr besteht. Der Rückschlag bei den letzten Wahlen hat ihren Nachhunger gegenwärtig ansehend stark gedämpft.

So ist damit zu rechnen, daß das groß angelegte Intrigenspiel um die „nationale Konzentration“ innerhalb 24 oder 48 Stunden wie das Hornberger Schießen zu Ende geht. Offen bleibt vorläufig nur die Frage: Wer betrügt wen?

Hitler fragt und berät mit Schacht

WEI, Berlin, 21. Nov. Die Reichspressestelle der NSDAP teilt mit: Nach eingehender Aussprache mit führenden Männern der nationalsozialistischen Bewegung und des sonstigen öffentlichen Lebens wurde heute, 20. Nov. die Antwort Adolf Hitlers in Form eines Briefes an den Herrn Staatssekretär Dr. Meißner überreicht. Der Brief enthält eine Reihe von Fragen, die voraussichtlich im Laufe des morgigen Tages geklärt werden.

WEI, Berlin, 21. Nov. Der ehemalige Reichsbankpräsident Dr. Schacht, der bereits in den Mittagsstunden etwas über eine Stunde an den internen Beratungen der Nationalsozialisten teilgenommen hatte, erschien am Nachmittag gegen 17.45 Uhr im Hotel Kaiserhof und wurde sofort nach den Räumen geleitet, in denen Hitler mit seinen Parteifreunden in dauernden Verhandlungen steht. Nach etwa einer halben Stunde verließ Dr. Schacht wieder das Hotel.

Ueber Hitlers Gegenfragen wird noch in Erfahrung gebracht. Der umfangreiche Brief des nationalsozialistischen Parteiführers, der erst im Laufe des morgigen Vormittags vom Reichspräsidenten geprüft werden wird, ist vor allem bestimmt, eine neue Antwort

Hindenburgs hervorzurufen. Zu diesem Zweck wird von nationalsozialistischer Seite vor allem die Frage nach Art und Umfang der vom Reichspräsidenten verlangten Mehrheitsbildung aufgeworfen.

Hindenburgs Bedingungen

Stenographische Beurteilung

Das Conti-Büro meldet: Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, umfassen die Bedingungen, mit denen der Reichspräsident das Erluchen an Hitler begleitet hat, fünf Punkte, und zwei personaler und drei sachlicher Art. Es handelt sich erstens um die Bestimmung, daß die persönliche Zusammensetzung des Kabinetts der Zustimmung des Reichspräsidenten bedarf. Zweitens bezieht sich der Reichspräsident das Recht besonderer Einwirkung auf die Bestimmung des Reichswehrministeriums und des Auswärtigen Amtes vor. Das ergibt sich schon daraus, daß der Reichspräsident Oberbefehlshaber der Reichswehr und der völkerrechtliche Vertreter des Reiches ist, wie es in der Verfassung besonders hervorgehoben wird. Drittens verlangt der Reichspräsident die Aufstellung eines Wirtschaftsprogramms, viertens die Gewähr dafür, daß keine Rückkehr zum Dualismus Reich-Preußen und fünftens, daß keine Abänderung oder Abschwächung des Artikels 48 erfolgt.

Außer diesen fünf Punkten sind vom Reichspräsidenten keine Vorbehalte für die Bildung eines Mehrheitskabinetts unter Hitlers Führung gemacht worden. Wir glauben zu wissen, daß Hitler diese Bedingungen keineswegs abgelehnt hat. Trotzdem werden die Aussichten für das Zustandekommen eines Mehrheitskabinetts unter Hitlers Führung heute abend in politischen Kreisen — auch im Kaiserhof — recht skeptisch beurteilt, zumal es ja nicht nur auf die NSDAP, sondern auch auf andere Parteien ankommt.

Schwere Bedenken der Bayerischen Volkspartei

München, 21. Nov. (Eig. Draht.) Der Entschluß des Reichspräsidenten, Hitler mit dem Versuch einer Kabinettsbildung zu betrauen, hat bei der Bayerischen Volkspartei die schwersten Bedenken ausgelöst. Im Laufe des Montags haben nach der Rückkehr des Parteivorstandes Schäffer von Berlin den ganzen Tag über Besprechungen der führenden Mitglieder der Bayerischen Volkspartei stattgefunden. Am Abend fuhr Schäffer wieder nach Berlin zurück, wo sich am Dienstag die Reichstaatsratung der Bayerischen Volkspartei mit der politischen Lage beschäftigten wird.

Die amtliche Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei schreibt, es frage sich, ob unter der Führung Hitlers der Gedanke der nationalen Konzentration sich vernünftigerweise verwirklichen lasse. Es bedürfe reichlicher Ueberlegung, ob die Bayerische Volkspartei es auf sich nehmen könne, allerdings unter ganz bestimmten Bedingungen, der Bestimmung einer Regierung Hitler nicht zu widersprechen. Diese Bedingungen müßten dahin gehen, daß ein Verfall in das alte Reichsregiment garantiert und die Aufrechterhaltung einer nationalsozialistischen Parteiführerschaft unter allen Umständen unmöglich gemacht werde. Die Bayerische Volkspartei könne keinen Finger für eine Regierung rühren, die sich nicht einwandfrei verpflichte, die Rechte der Länder zu achten und eine Reichsreform zu betreiben, die den Ländern das zurückgibt, was sie zur Aufrechterhaltung eines bundesstaatlichen Lebens brauchen. Unmöglich könne die Bayerische Volkspartei zustimmen, daß nicht nur die Führung der Reichsgeschäfte, sondern auch der preussischen Geschäfte in die Hand der NSDAP gelegt werde.

Eventuell erneut Präsidialkabinett

Das Conti-Büro meldet:

Sollte die Antwort Hitlers ablehnend ausfallen, so wird wie in politischen Kreisen verlautet, vom Reichspräsidenten aller Voraussicht nach erst noch ein weiterer Versuch gemacht werden, um alle parlamentarischen Möglichkeiten auszunutzen. Es wäre denkbar, daß auch ein Auftrag an den Führer des Zentrums erginge. Allerdings ist man sich in politisch-parlamentarischen Kreisen darüber klar, daß ein solcher Versuch kaum größere Aussichten haben würde, zumal die getrigen Verhandlungen des Zentrums mit den Nationalsozialisten nicht gerade sehr hoffnungsvoll ausgegangen zu sein scheinen. Eine der dem Zentrum bedenkenlichsten Fragen dürfte z. B. allein schon das nationalsozialistische Nahrungsprogramm sein. Allen derartigen Plänen steht das Zentrum die These entgegen, daß mit der Wahrung keinerlei Experimente gemacht werden dürfen. Ein Auftrag an die Zentrumsführung könnte angesichts dieser Gesamtsituation schon recht schnell zu der Feststellung führen, daß die parlamentarischen Mehrheitsmöglichkeiten erschöpft sind. Dann bliebe nach Auffassung politischer Kreise kein anderer Weg übrig, als erneut ein Präsidialkabinett zu ernennen. Sicher ist jedenfalls, daß ein geschäftsführendes Kabinett nicht mehr vor den Reichstag treten soll, so daß die Krise bis zu seinem Zusammentritt endgültig gelöst sein muß.

Tagesschau

Mostau, 21. Nov. Der Volkstommisratrat hat eine einmalige Besteuerung der Einzelbauernwirtschaften beschlossen. Die Steuer beträgt mindestens 15 Rubel. Für die Kuldenwirtschaften ist die doppelte Landwirtschaftsteuer festgesetzt. Unter gewissen Bedingungen ist Steuerfreiheit zulässig.

Berlin, 21. Nov. Die Verhandlungen zur Ueberprüfung des deutsch-französischen Handelsabkommens vom Jahre 1927 sind heute in Berlin im Auswärtigen Amt aufgenommen worden.

Oslo, 21. Nov. Vor dem Forum des Ständigen Internationalen Gerichtshofes beantragen heute nachmittag die öffentlichen Pladobers zur Behandlung des norwegisch-dänischen Olgelandkonflikts.

St. Louis, 21. Nov. Der künftige Vizepräsident der Vereinigten Staaten, John Garner, erklärte, er sei durchaus gegen die Streichung oder Abänderung der Kriegsschulden.

Selbstmord, 21. Nov. In dem Prozess gegen die Teilnehmer an dem Aufstand von Mänsfala wurde heute das Urteil gesprochen. Die beiden Lappo-Führer, General Walleinius und Kojola wurden zu je neun Monaten Haft mit Bewährungsfrist verurteilt. Von den insgesamt 96 Angeklagten wurden 62 zu Freiheitsstrafen von zwei bis zu dreißig Monaten verurteilt, 32 davon wurde Bewährungsfrist zugewilligt.

Stuttgart, 21. Nov. (SP.) Etwa 900 Wohlfahrts- und Hilfsorganarbeiter, die von der Stadt Stuttgart meist bei Tiefbauarbeiten verwendet werden, sind in den Streik getreten und haben dem Gemeinderat ihre Forderungen übermitteln, der baldigt dazu Stellung nehmen wird.

Genève, 21. Nov. Der Erdstöß, der sich in der vergangenen Nacht in ganz Westdeutschland und in Holland bemerkbar machte, hat die Bevölkerung in große Aufregung versetzt. Schon in den frühesten Morgenstunden setzte ein telephonischer Ansturm auf Zeitungen, Wetterdienststellen und Nachrichtenbüros ein, die jedoch jede Verlegenheit strickten. Von sachmännlicher Seite wurde erklärt, daß es sich um ein tektonisches Erdbeben gehandelt habe, das seinen Herz wahrenlich im Rheintal haben dürfte.

Antrittsbesuch des neuen Pariser Botschafters

Paris, 21. Nov. (Eig. Draht.) Der neue deutsche Botschafter Oster überreichte am Montag dem Präsidenten der Republik sein Beglaubigungsschreiben.

In der Ansprache, die der Botschafter nach der Ueberreichung des Schreibens an den Präsidenten richtete, heißt es, daß zwischen Deutschland und Frankreich ernste Fragen zu klären und manche Schwierigkeiten zu überwinden seien. Dieses aber werde gelingen, wenn die deutsche und die französische Regierung an die vor ihnen liegenden Aufgaben mit dem Entschluß herantreten und sie in aufrichtiger Zusammenarbeit auf der Grundlage der Gerechtigkeit und Billigkeit der Lösung zuführen würden.

Präsident Bertrun erwiderte, daß er mit Genugtuung von den Absichten Kenntnis genommen, habe, die der neue Botschafter für die Erfüllung seiner Aufgaben an den Tag legen wolle. Er könne versichern, daß der deutsche Botschafter bei der französischen Regierung für die gerechte und den bestehenden Verpflichtungen entsprechende Regelung der zwischen Frankreich und Deutschland schwebenden Fragen die Unterstützung finden werde, die seinem „hervorragenden und sehr geschätzten Vorgänger“ nie gefehlt habe.

Genf, 21. Nov. (Eig. Draht.) Der Reichsaussenminister hatte am Montag eine längere Aussprache mit dem englischen Außenminister über die Möglichkeiten einer Wiedervereinigung Deutschlands zu den Verhandlungen der Abrüstungskonferenz. Von deutscher Seite wird betont, daß der deutsche Standpunkt nach wie vor unverändert sei, daß der deutsche Standpunkt nach wie vor das allergrößte Interesse entgegen. Englands Vorschläge würden dem deutschen Standpunkt schon mehr gerecht, doch müsse man jetzt erst feststellen, wie weit Frankreich geneigt sei, praktisch auf dem von England vorgeschlagenen Wege mitzugehen.

Abends verhandelte Neurath mit dem amerikanischen Delegierten Norman Dawes über die Abrüstungsfrage.

Genf, 21. Nov. Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, ist der deutsche Botschafter in Paris telegraphisch beauftragt worden, dem französischen Ministerpräsidenten Herriot die Wünsche der deutschen Regierung zu dem Nihilismus des auf ihn geplanten Attentats zum Ausdruck zu bringen.

Völkerbundsratssitzung

Genf, 21. Nov. Die seit September unterbrochene 66. Tagung des Völkerbundsrats ist heute vormittag unter dem Vorsitz des irischen Premierministers de Valera wieder aufgenommen worden.

Für Deutschland ist Reichsaussenminister Freiherr v. Neurath, für England Sir John Simon, für Frankreich Paul-Boncour und für Italien Aloisi am Kartisch erschienen. Für Polen ist zum erstenmal der neue Außenminister Bed anwesend.

Die Verhandlungen über den Wandschurer-Konflikt begannen mit einer Darstellung des Ratenspräsidenten über die Entstehung und die Bedeutung des Lutton-Berichts, worauf sich die Delegierten Japans und Chinas von ihrem Standpunkt aus dazu äußerten.

Nazi-Reichstagsabgeordneter als Sprengstoff-Attentäter

Zuchthausstrafen im Altonaer Sprengstoffprozeß

Altona, 21. Nov. Nach mehrstündiger Verhandlung fällte heute das Sondergericht seine Entscheidung in dem Prozeß gegen die wegen der Schleswig-Holsteinischen Handgranatenschläge angeklagten Nationalsozialisten.

Der Hauptangeklagte, Stabartenführer und Mitglied des Reichstags, Mober, wurde zu 6 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Der Angeklagte Grezej zu 6 Jahren Zuchthaus, Strachmann zu 5 Jahren und Plaehn zu 5 1/2 Jahren Zuchthaus.

Neht Angeklagte erhielten je 1 1/2 Jahre Zuchthaus. Zehn Angeklagte erhielten Gefängnisstrafen von 1 bis 9 Monaten, elf Angeklagte wurden freigesprochen.

Oesterreichs Gemeinden in Not

Am Samstag wurde im Sitzungssaal des Wiener Rathhauses der Städtetag der österreichischen Städte abgehalten. Fast alle Bürgermeister berichteten von der katastrophalen Lage der österreichischen Gemeinden. Der Vizebürgermeister von Graz, der zweitgrößten Stadt Oesterreichs, erklärte, man könne es nicht länger verheimlichen, daß die größten Städte Oesterreichs unmittelbar vor dem Zusammenbruch stehen. In einer Entschließung verlangt der Städtetag von der Regierung sofortige Hilfe. Er erklärt zugleich, daß er bei Nichterfüllung dieser Forderung jede Verantwortung für die kommenden Geschehnisse ablehne. Man könne damit rechnen, daß durch den finanziellen Zusammenbruch und das damit zusammenhängende Verlangen der sozialen Fürsorge die hungernden Menschen in den Städten der Verzehrfürsorge erliegen und zu unabsehbaren Auswüchsen getrieben würden.

Ist Hitler selbst ein Arier?

München, 18. Nov. Eine Münchener katholisch-politische Wochenzeitsung des früheren „Marxistenführers“ Dr. Gerlich verurteilt im Jubiläumslauf in zwei umfangreichen Artikeln den wissenschaftlichen Nachweis, daß

Hitler alles andere sei als der von den völkischen Rassenschreibern bevorzugte nordisch-arisch-germanische Typ, sondern im wesentlichen den ostisch-mongolischen Typ verkörpere und zwar auf Grund seiner körperlichen Merkmale, des Wohnorts seiner Vorfahren an der mittleren Donau, der alten Völkermigrationsstraße, und seiner asiatisch-depositischen Gesichtszüge. Zur Beweisführung waren u. a. auch Bilder aus dem verhängnisvollen Nachwort von Hitlers „Führerreden“ reproduziert: „Hitler, wie ihn keiner kennt“.

Dies brachte Dr. Gerlich eine Klage wegen Verleumdung des Urheberrechts ein, mit dem Erfolg einer Schauffeststellung des Daf als „ausgesprochenen monoloider Typ“ im Gerichtssaal. Der Beklagte verteidigte sich außerordentlich geschickt. Er ging aus von dem Blödsinn, an die Ueberlegenheit der nordisch-arisch-germanischen Rasse zu glauben und wies in diesem Zusammenhang auf die homogenen Rassen in der Führerschaft der Hitlerpartei hin und auf die Tatsache, daß in der Parteiführung der Nazi die Mischung von Kriminellen und Pathologischen stark vertreten sei. Hitler, der den Beklagten in der eigenen Wohnung aufsucht habe um ihn zu töten, sei in der peinlichen Lage, daß er bei Anwendung der eigenen Lehre aus der deutschen Politik ausscheiden müßte, ebenso drei Viertel der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion, da bei wissenschaftlichen Abmessungen

die meisten Hitlerführer sich als ostisch-asiatische Menschen-typen herausstellten. Es müsse abschätzte sein, Hitler mit dem Maßstab seiner eigenen Lehre zu messen.

Gewerkschafts-Internationale

Vorstandssitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes

Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes tagte am 17. und 18. November in Berlin unter dem Vorsitz von Citrine-Großbritannien. Sämtliche Vorstandsmitglieder: Jacobson-Dänemark, Jouhaux-Frankreich, Reipart-Deutschland, Merlans-Belgien, Zahradka-Tschechoslowakei und der Generalsekretär W. Szobocsek sowie der Untersekretär S. Stolz und Emil für die Angestellten-Internationale nahmen an der Sitzung teil.

Der Vorstand beschäftigte sich mit der Stellung der Internationalen Gewerkschaftsbewegung zum Verträge von Dush, durch den Belgien-Luxemburg und Holland einen bedeutenden Vorstoß gegen den Hochprotektionismus unternommen haben. Der Bericht, den eine gemeinsame Konferenz, die unter dem Vorsitz der gewerkschaftlichen und politischen Internationale in Amsterdam tagte, vorgelegt hat, wurde eingehend und dem Sekretariat die Vollmacht erteilt, diese Fragen aufmerksam weiter zu verfolgen.

Der Vorstand beschloß sodann, bereits im Frühjahr 1933, voraussichtlich im April, im Zusammenhang mit der Internationalen Arbeitskonferenz den Ausschluß des Internationalen Gewerkschaftsbundes zu gemeinsamer Tagung mit den Internationalen Berufsvereinigungen einzuberufen. Er bestimmte weiter als Termin für den Kongreß des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Brüssel, den 30. Juli - 3. August 1933. Dieser Kongreß wird die „Sozialpolitischen Richtlinien des I.G.B.“ verabschieden. — Das Hauptinteresse wird sich jedoch auf die „Wirtschaftlichen Forderungen des I.G.B.“ konzentrieren. Der Entwurf dazu lag der Vorstandssitzung bereits vor und fand grundsätzliche Zustimmung. Der Vorstand wird im Dezember einen Experten-Ausschuß zur weiteren Besprechung und endgültigen Formulierung dieser „Forderungen“ zusammenrufen.

Auf dem Kongreß in Brüssel 1933 wird der Internationale Gewerkschaftsbund diese „Wirtschaftlichen Forderungen“ des I.G.B.“ der Öffentlichkeit zur Kenntnis bringen und den Forderungen der Arbeiterklasse zum Ausdruck der Wirtschaft größten Nachdruck verleihen. Die Arbeiten dieses Kongresses werden also ein besonderes großes Interesse finden, weil die Lösungen und Forderungen der Arbeiterklasse den Ergebnissen der Weltwirtschaftskonferenz gegenübergestellt werden.

Weiter beschäftigte sich der Vorstand mit gewerkschaftlichen Fragen in Argentinien, Jugoslawien, Kanada und Griechenland. — Die Frage, ob eine besondere Arbeiterbildungs-Internationale geschaffen werden soll, wurde noch zurückgestellt, da die Antworten mehrerer Landeszentralen auf eine diesbezügliche Rundfrage erst abgewartet werden sollen.

Der Vorstand nahm auch einen eingehenden Bericht des Antitrustkomitees entgegen und erhob scharfen Protest gegen die angebliche „Annektie“ in Italien.

Die Resolution des Vorstandes hat folgenden Wortlaut: „Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes warnt die internationale Arbeiterklasse vor der rassistischen Komödie, die in Italien als Höhepunkt der „Gedanken- und Rede-freiheit“ aufgeführt worden ist.“

Die von der Regierung Mussolinis scheinbar angeordnete Amnestie kann niemand täuschen. Die Gegner des fascistischen Regimes, das heißt, alle Demokraten, Sozialisten und Gewerkschafter, alle Revolutionäre, die in tatkraftiger Weise gegen die Diktatur aufzutreten, bleiben auch weiterhin im Gefängnis.

Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes erhebt gegen die Parodie einer Amnestie, die nur den fraßrediglichen Beurteilen zugute kommt und im übrigen eine noch richtigerere Vergewaltigung der Meinungsfreiheit ermöglicht. — Anlage und Überantwortung der Meinungsfreiheit ermöglicht. — Anlage und Überantwortung der Meinungsfreiheit ermöglicht.

Die Abrüstungsfragen

Der englische Plan - Deutschland soll seinen Boykott beenden

Mitten in der deutschen Regierungskreise ist der Reichsaussenminister von Neurath nach Genf abgereist, um Deutschland auf der Sondertagung des Völkerbundsrats zu vertreten, die sich endlich mit dem Wandschurer-Konflikt auf Grund der Vorschläge des Anton-Berichts befassen soll. Die Zusammenfassung der deutschen Abordnung soll nach außen bekunden, daß die Anwesenheit Neuraths in Genf ausschließlich dem fernsichtlichen Konflikt gilt und nicht etwa der Abrüstungsfrage. Seine Begleiter sind der Völkerbundsreferent im Auswärtigen Amt von Weizsäcker und der Leiter der Diabteilung Meyer.

Indessen ist das offenbar nur der diplomatische Schein. Es ist nicht der mindeste Zweifel daran, daß zunächst inoffiziell die Frage der Rückkehr Deutschlands in die Abrüstungskonferenz mit dem deutschen Außenminister hinter den Kulissen besprochen werden wird. Die jüngste Rede des englischen Außenministers Sir John Simon in Genf, mit der er den englischen Abrüstungsplan vorgelegt hat, ist in Deutschland deshalb nicht so beachtet worden wie sie es verdienen, weil sie am gleichen Tage gehalten wurde, an dem in Berlin der Rücktritt Banens bekanntgegeben wurde. Über diese Rede und diese Vorschläge verdienen mindestens die gleiche Beachtung wie der französische Plan und sie stellen Deutschland abermals und mehr denn je vor die Frage, ob es länger der Abrüstungskonferenz fernbleiben soll und darf. Simons Rede war ein einziger dringender Appell an Deutschland, seinen Boykott gegenüber der Abrüstungskonferenz zu beenden; immer wieder betonte er bei der Darlegung der einzelnen konkreten Abrüstungsvorschläge, daß ihre endgültige Formulierung Gegenstand von Verhandlungen sein müsse, bei denen Deutschlands Anwesenheit unerlässliche Voraussetzung sei.

Der englische Plan selbst stellt gegenüber der starken Enttäuschung, die der endgültige französische Plan infolge seiner Kompromißhaftigkeit und seiner zahlreichen diplomatischen und militärischen Voraussetzungen und Vorbehalte der ganzen Welt bereitet hat, einen weiteren, sehr erheblichen Fortschritt dar. Er beinhaltet einen wirklich ernsthaften Versuch, die deutsche Gleichberechtigung theoretisch geradezu reiflos anzuerkennen und praktisch in erheblichem Maße zu verwirklichen. Allerdings darf man nicht verkennen, daß er in seinem zweiten Teil vieles von dem abschwächt und sogar praktisch

aufhebt, was er in seinem ersten grundsätzlichen Teil festhält. Die konkretere Durchführung der Gleichberechtigung wird zeitlich und auch taktisch sehr erheblich eingeschränkt. Dennoch bildet der englische Plan mindestens in gleichem Maße wie der französische eine ernsthafte Diskussionsgrundlage und die selbst fähige Aufnahme, die er in offiziellen französischen Kreisen gefunden hat, ist schon ein Zeichen dafür, daß er Deutschland weit mehr entgegenkommt, als es der französische Generalsplan zulassen möchte. Inbezug auf die gegenwärtigen Abrüstungsvorschläge, die nach dem Vorschlag Hoovers gänzlich abge-schafft werden müßten, sind die britischen Vorschläge weitgehend, daß mit sehr erheblichen Widerständen von Frankreich gerechnet werden muß.

Deutschland steht nun vor der Frage, ob es durch seine Rückkehr in die Abrüstungskonferenz die Auslichten des englischen Abrüstungsprogramms fördern oder es durch sein weiteres Fernbleiben England im Stich lassen soll. Dem Abrell Strömung an Deutschland hat sich Arthur Henderson als Konferenzvorsitzender mit eindringlichen Worten angeschlossen. „Was jene in Deutschland, die dem Vorgehen der Reichsregierung nicht ohne Bedenken gegenüberstehen, werden anerkennen müssen, daß ohne dieses harte Druckmittel des Konferenz-boykotts Deutschland nicht so bald derartige Zugeständnisse erzielt haben würde, wie sie im englischen und sogar im französischen Plan enthalten sind. Die Frage ist nun, ob sich noch mehr erreichen läßt. Zuerstfällige Beobachter der Entwicklung in Genf berichten, daß die Stimmung gegenwärtig auf Grund des englischen Planes für eine weitgehende Erfüllung der deutschen Gleichberechtigungsforderungen in den weitesten Kreisen der Abrüstungskonferenz sehr günstig geworden ist. Sie fügen allerdings hinzu, daß diese Stimmung sehr leicht umschlagen könnte, falls Deutschland auch gegenüber den Vorklären und ernsthaften Zugeständnissen der Gegenseite auf seinem bisherigen Standpunkt verharrt würde.“

Die neue Reichsregierung wird sich also sehr bald über die Frage der Rückkehr Deutschlands in die Abrüstungskonferenz entscheiden müssen und wir hoffen, daß die Besprechungen, die der Außenminister von Neurath aus Anlaß seines letzten Genfer Aufenthaltes führen wird, einen Ausweg aus der gegenwärtigen Sackgasse ergeben werden.

auch wenn sich dabei ergebe, daß dieser politische Führer etwas ganz anderes verzeite als er selbst sei.

Mit dieser Abreibung hatten die braunen Kläger nicht gerechnet.

Se versichert deshalb auch darauf, den mongolischen Charakter Sillers irgendwie zu bekämpfen.

Welches Paragrafenverstoß das Gericht fällen wird, ist von untergeordneter Bedeutung. Der Fall scheint ihm aber doch etwas schmerzhaft zu sein, denn es hat sich Rebekkeit für die Urteilsfindung gemeldet.

Schlachtsteuer in Nazi-Mecklenburg

Schwerin, 21. Nov. (Eig. Draht.) Die mecklenburgische Hitlerregierung beabsichtigt entgegen früheren Ankündigungen nunmehr die Einführung einer Schlachtsteuer. Der Bauernbund und die Landwirtschaftskammer laufen gegen die neue Steuer heftig Sturm.

Freistaat Baden

Nazi wegen Meineid verhaftet

Der alte Ueberfallswindel

Die Freiburger „Volkswacht“ bringt über einen Fall Baumgartner bei der Nazi, der bei der Bürger Bevölkerung viel Aufsehen erregte, folgende Meldung aus Säckingen: „Der Staatsanwalt hat den Verurteilten holen und ins Loch verbringen lassen, wobei er von Anfang an wehrt hätte.“

Baumgartner, der beschworen hat, daß er von politischen Gegnern niedergeschossen worden ist, ist des Meineids überführt

und steht nun seiner Aburteilung entgegen. Die Bürger Nazis haben den ehemaligen „lieben Kameraden“, wie Herr Fittler ihn im „Mannschaft“ titulierte, sofort ausgeschossen und werden von dem Kalenklüber, der ihnen erteilt worden ist, genug haben.

Im Fall Baumgartner liegen die Dinge wie bei jenem angeblichen Ueberfall eines Nazis durch Reichsbannerkameraden, der vor Jahr und Tag durch die Presse ging. Ein SA-Kretai, der von seinem Vater Prügel dafür bekommen hatte, weil er nachts spät

nach Hause kam und seiner verschlagenen Götze und Augen wegen von den Leuten gebänselt wurde, behauptete frech wie Oskar Reichsbannerleute hätten ihm beim Rinken Wäldchen überfallen und verdrosen. Nachher kam der Schwindel aber an den Tag und wir wärien immer noch darauf, daß die Nazis einen ehrlichen Krieger ausschließen werden, der von seinem Vater Prügel erheißt. Gott der Gerechtigkeit, was sind das für Kämpfer fürs Hitlerreich? Der Bürger Baumgartner, die sich um die Aufklärung des Falles Baumgartner großes Verdienst erworben hat, sprechen wir uns im Namen aller aufrechten Republikaner den Dank aus!“

Einzelheiten zum Brückenbau Mannheim-Ludwigshafen

Für die Herstellung der linksrheinischen Zufahrtsrampe aus neuen Rheinbrücke mit all ihren Bauwerken waren u. a. erforderlich: etwas über 50 000 cbm Erdmassenbewegung, etwa 8000 cbm Beton mit rd. 1800 t Zement, 120 t Kugelsisen, 480 t Stahl für die Ueberbauten der Rammenbrücken, rd. 1000 cbm Abbruch alten Bauwerkes, 30 000 cbm Neuberstellung von Straßen- und Gehwegflächen und 4 1/2 km Gleis- und Weichenanlagen.

Auf der Mannheim Seite waren durch die seitliche Verdrängung der Bahnauführungsrampe, die Verbreiterung der Straßenrampe und Wegfall von zwei ehemaligen eismernen Flußbrücken im Schloßgarten ebenfalls recht umfangreiche Baumaßnahmen durchzuführen.

Für die Herstellung der neuen Bauwerke, der Dammstützpfeiler und der Gleis- und Straßenbauten waren erforderlich: rd. 50 000 cbm Erdmassenbewegung, 9000 cbm Beton und Baugewerk mit rd. 1700 t Zement, 800 t Stahl und Kugelsisen für die Brückenbauten, 0,5 km Kanalröhren, 22 000 cbm Feueranlage von Straßen- und Gehwegflächen und 4 1/2 km Gleis- und Weichenanlagen. — Die Durchführung der Bauarbeiten brachte dem Arbeitsmarkt in beiden Städten und Ländern eine willkommene Entlastung. Was die Dauer der Bauzeit von zwei Jahren fanden auf den Bauplatz, len selbst durchsichtllich etwa 300 Mann ständige Beschäftigung, die Arbeiter in den Werkstätten und Eisenwerken, ferner das Personal für Anfertigung der Pläne, der Berechnungen, Bauaufsicht und Verwaltung sind hierbei noch nicht berücksichtigt. Bauarbeiter, Arbeiter in der Bauleitung darauf geleitet, durch weitgehende Unterteilung der Arbeiten möglichst viel Unternehmer zu beschäftigen, wobei das ortsanfällige Gewerbe besonders bevorzugt wurde. Mit dem Bau der neuen Rheinbrücke war im September 1930 begonnen worden.

Wellen-Stumpfsinn

Kritische Bemerkungen zu den neuen Rundfunk-Richtlinien

Endlich sind, wie schon kurz mitgeteilt, nach monatelangen Verhandlungen die Richtlinien für den Rundfunk fertig geworden. Mit Schlagworten wird das Programm der Sender auf einen Kreis von Darbietungen beschränkt, die dem Ideal der Reaktion des vorigen Jahrhunderts entsprechen dürften. Ganz ausgeschlossen von der Sendung sind von vornherein alles, was das Christliche, die Würde und Sitte und Kultur des deutschen Volkes gefährdet; Bestrebungen, die den „Bestand des Staates gefährden“; die „Werbung für Parteien und die Befämpfung von Parteien“; schließlich „jede volkstümliche Geistigkeit“. Nach den bisherigen Erfahrungen läßt sich daraus schließen, daß man jede kritische Auseinandersetzung zu politischen und religiösen Fragen unterbinden, daß man jede vernünftige Deutung des Weltgeschehens verbieten wird. Stunden der Arbeiterschaft wird man nicht mehr veranstalten, weil sie „Werbung für eine Sondergruppe“ darstellen.

Natürlich wird auch eine förmliche Zensur ausgeübt werden. Jedes Redemotiv muß dabei ausgiebig geprüft, kann man an dem neuen Kriterium erkennen, das für das Antiföhmische festgelegt ist. Als Maßstab wird nicht mehr das Empfinden des berechtigten Normalmenschen dienen, sondern: „Was im Kreise der Familie als anständig empfunden werden muß, ist zu vermeiden.“

In den ganzen Ausführungen ist kein Wort zu finden über Förderung der Volksehrung. Im Gegenteil: Vorträge, die „nur Wissen an sich vermitteln“ werden als unerwünscht abgelehnt. Nichts ist zu finden über unsere republikanische Verfassung, über demokratische Rechte. Es steht in den Richtlinien nichts davon, daß der Rundfunk besonders dazu geeignet ist, die Verständigung und den Frieden unter den Völkern anzubahnen und zu fördern. Nur von der Einordnung der Menschen in das Ganze wird andauernd gesprochen. Bei der herrschenden Ausdrucksweise kann man darunter nichts anderes verstehen, als die Erziehung der Hörer zu demütigen Unterthanen, denen alles recht sein muß, was von Oben kommt.

Von der organisatorischen Neuordnung des Rundfunks, erhält man keinen besseren Eindruck. Nirgends ist die Rede davon, daß etwa die Hörer irgendwelche Rechte hätten. Alles wird von staatlichen Kommissaren geregelt werden. Doch sieht diese Regelung nicht nach besonders klarer Ordnung aus. Der Reichskommissar überträgt alle Sender. Aber kein Zensurrecht muß er über die Staatskommissare — pro Sender 1 Kommissar! — ausüben. Sie können gegen die Anordnungen des Reichskommissars Einspruch erheben. Die Staatskommissare können sogar gegen die sogenannten „Auftraggeber“, die alle Sender zwangsweise verbreiten müssen, Befehle geltend machen. Umgekehrt kann der Reichskommissar Auftragsgeber, die von den Landesbehörden ausgeben werden, zurückhalten. Wie die Sendegesellschaften unter

solchen Umständen die Auftragsgeber, „unverzüglich, unverfälscht und unverändert“ verbreiten sollen, wie es ihnen gleichzeitig in den Richtlinien vorgeschrieben wird, ist unerfindlich. Nach all den Bestimmungen über die Ueberwachung wird jedes Manuskript von vier Stellen geprüft werden: Von der Sendegesellschaft, vom Reichskommissar, vom Staatskommissar und von dem diesem beigegebenen Arbeitsausschuß. Anstelle einer einheitlichen, klaren und vor allem auch rasch arbeitenden Organisation sehen wir einen verwickelten und komplizierten Apparat, der jede lebendige Tätigkeit lähmen muß. Wüßschheit auf der ganzen Linie!

Genau wie die Regierungsstellen und ihre Kommissare sich das Programm untertänig machen, so üben sie auch auf die Personalpolitik den entscheidenden Einfluß aus. Diese Umwandlung ist dadurch gesichert worden, daß alle Personalfragen von der Entscheidung des Reichskommissars abhängig gemacht werden. Außerdem kann der Reichskommissar „den Deutschlandsender“ für Darbietungen der „Reaktionssünde“ und sonstige Vorträge, die er staatspolitisch für notwendig oder erwünscht erachtet, nach Bedarf in Anspruch nehmen. Damit ist das Programm des Deutschlandsenders vollkommen der Willkür des Reichskommissars ausgeliefert. Wo bleibt da das Länderrecht geltend gemacht?

Anstelle der früheren Kulturbetriebe werden sogenannte „Programmbetriebe“ von den Landesregierungen „im Benehmen mit dem Reichsministerium des Inneren“ ernannt werden. Ihre Funktionen sind ungefähr die gleichen wie früher. Die Bestimmungen, daß die Kulturbetriebe aus den Kreisen der Kunst, Wissenschaft und Volksehrung genommen werden müssen, ist fallen gelassen worden. Statt dessen werden sich wahrscheinlich auch hier die Vertreter der beherrschenden Bürokratie breit machen. Auch die Hörerschaft wird in diesem Gremium keinen Platz mehr finden. Jetzt, da der Rundfunk zum staatlichen Unternehmen gemacht wurde, wäre es Pflicht der Regierung gewesen, der Hörerschaft einen gewissen Einfluß sicherzustellen, wie sie ihn in anderen Ländern mit staatlichen Rundfunk-Organisationen besitzt. Aber bei uns soll der Teilnehmer zahlen, hören und — schweigen!

Täterin ist die Mutter des Kindes, Maria Boddin, eine 25jährige Frau, die in der Samstagnacht ein umfassendes Geständnis ablegte. Sie wollte das Kind befeigen, um in den Besitz einer Versicherungssumme von 4000 RM zu gelangen, die beim Tode des Kindes an dessen Eltern fallen sollte. Sie hat das Kind an dem kritischen Abend an dem übermannshohen Brüdengeländer hinausgehoben, angeblickt, um es hinüberhauen zu lassen, es dann bei den Fußsohlen gepackt und auf den Bahndörper geworfen. Der Chemann Boddin ist unter dem Verdacht, von dem Vorhaben seiner Frau Kenntnis gehabt zu haben, ebenfalls festgenommen worden.

Bullerjahnprozeß

Im Weipziger Landesvertragsprozeß kam es zu einem heftigen Zusammenstoß, als Bullerjahn die näheren Umstände seiner Anstellung in den Berlin-Karlshagen Substrimwerken schilderte. Er sagte aus, daß Generaldirektor von Gontard ihn beauftragt habe, sich im Werk genau umzusehen und u. a. auch die ihm vorgelegten Direktoren zu beobachten. Bullerjahn fuhr fort: „Ich sah darin die Absicht, mich als eine Art Spion zu verwenden.“ Zeuge Gontard: „Wie komme ich dazu, einem früheren Unteroffizier, einem Feuerwerker, einen solchen Auftrag zu geben, zumal die Direktoren mein volles Vertrauen hatten? Ich weiß von einer solchen Bestimmung nichts; das ist nicht erfolgt.“ Verteidiger Rechtsanwalt Sinsheimer: „Das ist nicht gelogen!“ Vorsitzender: „Sie müssen sich mahigen, Herr von Gontard. Sie genießen hier keine besonderen Vorrechte.“ Zeuge Gontard: „Es ist möglich, daß mir Bullerjahn vorgestellt wurde. Im mehr kann ich mich nicht erinnern.“ Aber schon in einer früheren Sitzung gab der Zeuge Generaldirektor von Gontard an, daß er an Gedächtnischwund leide.

Die Verteidigung stellt nach diesem Zwischenfall den Antrag, den früheren Lagerverwalter Sandtke darüber zu vernehmen, daß auch er von Generaldirektor von Gontard, ähnlich Bullerjahn, einen Auftrag zur Beobachtung von Direktoren erhalten habe. Gontard wie im Falle Bullerjahn hätte auch hier der Gontardische Auftrag zu schweren Konflikten geführt. Die Verteidigung machte geltend, daß durch die beantragte Vernehmung nicht nur die Glaubwürdigkeit des Zeugen von Gontard beeinträchtigt werde, sondern daß sie auch die Behauptung widerlege, daß Bullerjahn das Werk „ausspioniert“ habe, um nach geheimen Waffen zu suchen, dieses Ausspionieren hätte im Sinne des Gontardischen Auftrages gelegen, aber ein ganz anderes Ziel gehabt, als es jetzt die Anklage unterstelle. Das Gericht hat die Entscheidung über den Vernehmungsantrag vorläufig ausgesetzt.

Der Zeuge von Gontard führte im übrigen auf Befragen aus, daß er kein Interesse an der Entfernung Bullerjahns aus dem Wittenauer Werk hatte. Er hätte Bullerjahn nicht als Feind betrachtet, denn er sei ihm als „brauchbar“ eingeschätzt worden. Finanzieller Schaden wäre durch den Verrat des Wittenauer nicht entstanden. Die Seeresverwaltung habe eine einmalige Entschädigung in Höhe von 0,2 Millionen Mark geleistet. Außerdem seien die Bestände seit Kriegsende bereits abgeschrieben worden.

Am Ende der Sitzung übergab der Verteidiger dem Gericht einen Brief aus Holland zur weiteren Prüfung. Nach diesem Brief ist das Wittenauer Werk — von anderer Seite — zuerst beim Büro der rheinischen Besatzungstruppen angesetzt worden.

Marktberichte

Karlshagen Schlachtviehmarkt vom 21. November. Zufuhren: 40 Ochsen, Breite: 26-30, 24-28, 23-25, 21-23, 19-21, 18-19, 46 Bullen: 21-22, 18-19, 17-18, 14-17, 45 Kühe: 15-20, 157 Färsen: 28-32, 18-24. Grobvieh insgesamt 288. Kälber 145: a - b 41-43, 38-41, 34-38, 22-27, 1412 Schweine: a - b 43-45, 42-45, 39-43, 37-39, f - g Sauen 29-33. Gesamtaufuhr: 1845 Stück. Notiz: Beste Qualität über Notiz bezahlt. Tendenz: Grobvieh und Schweine langsam, erheblicher Ueberstand, Kälber langsam, geräumt.

Kielinger Schweinemarkt vom 18. Nov. 1932. Zufuhr: 60 Milchschweine; 12 Käufer. Preise: 14-18 M pro Paar für Milchschweine, 13-19 M pro Stück für Käufer. Handel: lebhaft. — Nächster Markt am Freitag, den 25. Nov. 1932.

Frauen, aufgepaßt!

Die beste Weihnachtsgabe bleibt immer noch ein Los oder Glücksbrief bei der Arbeiterwohlfahrts-Lotterie 1932.

Aus aller Welt

Das Grab Tutanchamons wird wieder geöffnet
Cairo, 21. Nov. Der englische Forscher Howard Carter ist heute von Kairo nach Luxor abgereist. Er wird in kurzem zusammen mit dem Untersuchungsminister die nötigen Schritte ergreifen, um das Grab Tutanchamons zu öffnen.

Konkursprozeß
Hagen, 21. Nov. Vom Landgericht Hagen wurden nach dreiwöchentlicher Verhandlung die für den Zusammenbruch der „genossenschaftlichen Eisenhandlungen“ verantwortlichen Direktoren und Prokuristen abgeurteilt. Einwand und Bürgen erhielten 15 bezugsweise 9 Monate Gefängnis, sowie 7000 Mark und 3000 Mark Geldstrafe. Vater und Dr. Tretrup eine Geldstrafe. Dr. Kauerzmann wurde freigesprochen. Die von den Schuldnern zu Grunde gerichtete Firma war ein genossenschaftlicher Zusammenschluß von Eisenhändler. Die monatlichen Umsätze betrugen zwei Millionen Mark. Durch Fehl- und Falschspeculationen ging das Unternehmen zugrunde. 1800 Gläubiger verloren ihr Geld und wurden teilweise ruiniert. Das Ende war dieser Reizprozeß, bei dem die Angeklagten wegen Betrugs, Konkursvergehens, Untreue und Wechselstempelungen jenen Weg gegangen sind, den auch die Spana-Direktoren, die Lahuen, die Raiffeisen-Direktoren, die Leiter der Danat, der Schultheiß-Brauerei und zahlreiche andere nationale Wirtschaftsführer beschritten haben, und das kennzeichnet den Verfall des Kapitalismus.

Ehetragödie in Obensurg
Obensurg, 21. Nov. In Zwischenahn erschloß der 30 Jahre alte Landwirt Dietsch seine Ehefrau mit einem Jagdgewehr und tötete sie darauf selbst durch einen Schuß in den Mund. Der Mordtat offenbar ein furchtbarer Kampf vorausgegangen. Zwischen den Eheleuten befanden seit einiger Zeit schwere Zwistigkeiten.

Falschisten-Auto schwer verunglückt
Rom, 21. Nov. Bei Turin wurde gestern abend ein Lastkraftwagen, auf dem sich 52 junge Falschisten befanden, die von einem Besuch der Ausstellung über die falschistische Revolution aus Turin zurückkehrten, bei einer Bahnüberführung vom Zuge erfasst. 11 Personen wurden getötet und alle anderen, davon einige schwer, verletzt.

45 000 gefälschte Fieberthermometer
Der Fieberthermometerfabrikant Franz Schubert in Geraberg (Schüringer Wald) wurde, wie die „Völkische Zeitung“ berichtet, vom staatlichen Prüfungsamt in Ilmenau überführt, Fieberthermometer in riesigen Mengen mit falschen Eichstempeln versehen und vertrieben zu haben. Nach den bisherigen Feststellungen sollen Schntauende dieser gefälschten Thermometer in den Handel gebracht worden sein. In der Wohnung Schuberts sind durch die Fieberthermometerfabrikation 45 000 Stück beschlagnahmt worden. Die Fieberthermometerindustrie ist durch diese Fälschungen schwer geschädigt worden. Schubert wurde verhaftet und ins Ilmenauer Untersuchungsgefängnis eingeliefert.

Neuer Fall von Steuerbetrug in Frankreich
Paris, 21. Nov. Auf Anweisung des Untersuchungsrichters ist bei einem Vertreter einer ausländischen Bank in der Rue Favouze St. Honoré eine Hausdurchsuchung vorgenommen worden. Es handelt sich um eine neue Steuerbetrugsaffäre, die mit den beiden anderen bereits bekannten nichts zu tun haben soll. „Journal des Debats“ nennt eine Persönlichkeit namens Alfred Branderburg, der in dieser Angelegenheit verwickelt sei und bemerkt, daß die meisten Rechnungsbücher bereits nach der Schweiz geschickt worden seien, so daß die Hausdurchsuchung kein positives Ergebnis habe zeitigen können.

Der Stuttgarter § 218-Prozeß schläft ein
Der umfangreiche Stuttgarter § 218-Prozeß wird voraussichtlich nicht stattfinden. Die Anklage ist fertig — sie umfaßt mehr als 100 Fälle —, außerdem sind zahlreiche Sachverständigen-Gutachten

eingeholt — aber die Hauptangeklagte, Frau Dr. Kienle, ist schon vor etwa Jahresfrist ins Ausland gereist und hat, entgegen ihrer Zusage, dem Gericht keine näheren Angaben über ihren Aufenthalt gemacht. Man weiß nur, daß sich Frau Dr. Kienle nach ihrer Entlassung in einem französischen Seebad mit einem Amerikaner verlobt und sich dann mit ihm in England verheiratet hat. Möglicherweise ist sie bereits nach Amerika übergesiedelt. Ob unter den gegebenen Umständen das Verfahren gegen den Mitteräter durchgeföhrt wird, ist ebenfalls fraglich.

Kindesmord durch Mutter wegen Versicherungssumme
Cottbus, 21. Nov. Das Verbrechen an der sechs Jahre alten Kleinsten Helena Boddin, die am 11. November beimunloslos auf den Gleisen der Stettiner Bahn unterhalb der Grenzbrücke aufgefunden wurde, ist in überraschender Weise aufgeklärt worden.



Die besondere Note!

Wir wissen nicht, welche 3/3 Pfg-Mark Sie bisher geraucht haben. Wenn wir Sie gleichwohl bitten, der Wissenschaft halber doch einmal die OBERST Zigarette zu probieren, geschieht das in der Überzeugung, dass Sie uns für diese Anregung dankbar sein werden. OBERST hat eben doch, abseits von den vielen, eine ganz besondere Note: OBERST die 3/3 Pfg-Zigarette

bei der nach teurer Marken Art sich Milde mit AROMA paart.

